

In Kürze

Freihandelsabkommen Prüfung durch Bundesrat

Der Bundesrat muss die Vor- und Nachteile eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU untersuchen. In einem Bericht soll er auch die politische Machbarkeit eines solchen Abkommens aufzeigen. Das verlangt der Ständerat. Es geht nicht darum, das bilaterale Vertragswerk durch ein Freihandelsabkommen zu ersetzen, sagte Karin Keller-Sutter (FDP, SG), die das Postulat eingereicht hatte, gestern in der kleinen Kammer. Es sei aber wichtig, dass der Bundesrat frühzeitig Vor- und Nachteile beider Wege aufzeige. sda

Nationalrat Weitere Gelder für Güterverkehr

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene soll weiter finanziell gefördert werden. Der Nationalrat hat gestern einer Verlängerung der Zahlungsdauer und einer Aufstockung der Gelder für den kombinierten Verkehr zugestimmt. Sagt auch der Ständerat Ja, kann der Zahlungsrahmen für die Jahre 2011 bis 2018 um fünf Jahre verlängert und um 180 Millionen auf 1,675 Milliarden Franken erhöht werden. sda

Nationalrat Kein Alkoholverbot in Bus und Bahn

Der Nationalrat will nichts von einem Alkoholverbot in Bahn und Bus wissen. Er hat eine entsprechende Motion von Karl Vogler (CVP, OW) mit 24 zu 151 Stimmen abgelehnt. Der Motionär wollte den Konsum von Alkohol im öffentlichen Verkehr von 21 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verbieten. Motionär Karl Vogler erhoffte sich dadurch mehr Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Verkehr. sda

BZ Namen

Der Kuoni-Verwaltungsrat hat sich Zeit genommen: Nach rund neun Monaten hat er Peter Meier an der Spitze des Reiseunternehmens bestätigt. Der 48-jährige Meier führte den Konzern seit Juni 2013 ad inte-



Peter Meier ist neuer Kuoni-Chef.

rim. Seit Ende 2010 war er als Finanzchef für die Gruppe tätig. Zu seinem Nachfolger als Finanzchef ist Thomas Peyer gewählt worden. Peyer war bisher Finanzchef der Division Global Travel Services.

Nicht nur Bankmanager verdienten im vergangenen Jahr mehr als in den Vorjahren. Auch Chefs von Versicherungsgesellschaften wurden üppig belohnt. Zu ihnen gehört Swiss-Life-Chef Bruno Pfister. Er hat im vergangenen Jahr 4,24 Millionen Franken verdient. Das sind 870 000 Franken mehr als im Vorjahr. sda

SVP-INITIATIVE MASSEINWANDERUNG

Die EU-Gegner machten vor allem in den Agglomerationen Boden gut

Vor 14 Jahren sagte die Schweiz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln Ja zur Personenfreizügigkeit. Anfangs Februar stimmte sie der Initiative gegen die Masseneinwanderung zu. Woher kamen die 780 000 Stimmen, die den Sinneswandel in dieser Zeitspanne bewirkten?

Über Abstimmungen denkt die Schweiz in Prozentsätzen und Karten. Das ergibt ein geografisches Stimmungsbild – aber es verstellt den Blick auf die Relationen. Deshalb geht es im Folgenden weniger um Prozente als um die Verschiebung von Stimmen in absoluten Zahlen.

Am 21. Mai 2000 legte der Bundesrat das Paket der bilateralen Verträge zur Abstimmung vor. Alle grossen Parteien waren dafür. Nur die Auns plädierte hauptsächlich wegen der darin enthaltenen Personenfreizügigkeit dagegen. Obwohl die Nervosität vor der Abstimmung gross war, gab es ein deutliches Ja: 1,5 Millionen Stimmberechtigte stimmten zu, nur 730 000 sagten Nein. Etwas enttäuschend war lediglich die Stimmbeteiligung, die bei 48 Prozent oder 2,2 Millionen lag. Bei der EWR-Abstimmung von 1992 waren 3,55 Millionen Schweizerinnen und Schweizer an die Urne gegangen.

Überraschende Wende

In der Zwischenzeit gab es fünf weitere europapolitische Abstimmungen. Die Initiative «Ja zu Europa» wurde wichtig abgelehnt, Schengen-Dublin, Ost-Zusammenarbeit und zwei Ausdehnungen der Personenfreizügigkeit wurden nach durchschnittlich heftigen Diskussionen jeweils mit deutlichen Mehrheiten angenommen. Das Lager der Nein-Sager hatte sich vor leicht vergrössert, aber die Mehrheiten für die bundesrätliche Europapolitik blieben solide. Bis zur Initiative über die Masseneinwanderung...

Nun strömten wieder 2,9 Millionen Stimmberechtigte zur Urne und sorgten für die europapolitische Kehrtwende.

730 000 zusätzliche Nein

Was ist zwischen dem deutlichen Ja zur Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 und dem 9. Februar 2014 passiert? Eine detaillierte Auflistung sämtlicher Gemeindeergebnisse durch das Bundesamt für Statistik liefert ein interessantes Bild der Verschiebungen im epischen Kampf der Eidgenossen um Annäherung und Abgrenzung.

Zunächst einmal zum grossen Bild: Am 9. Februar gingen insgesamt 680 000 Menschen mehr an die Urnen als beim seinerzeitigen Ja zu den Bilateralen. Zugelegt hat aber nur das Lager der EU-Skeptiker: Ihre Zahl wuchs gegenüber 2000 um 730 000, während das Lager der EU-Freunde trotz der um ein Drittel höheren Stimmbeteiligung um 50 000 Stimmen schrumpfte. Oder anders gesagt: Das europakritische Lager legte um 100 Prozent zu, während die europafreundliche Allianz im Durchschnitt 5 Prozent der Stimmen verlor. Insgesamt ergibt sich zwischen 2000 und 2014 eine Differenz von über 780 000 Stimmen.

In den schnellen Erklärungen nach der Abstimmung war die «Geranienschweiz» hinter den sieben Bergen schuld am Sinneswandel. Eine genauere Betrachtung der Zahlen zeigt aber, dass das Nein zur Personenfreizügigkeit die Schweiz flächendeckend geflutet hat. In den bisher euro-

ONLINE

Alle Schweizer Gemeinden

Unter www.bzgrafik.ch finden Sie eine interaktive Grafik, die die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zwischen 2000 und 2014 für sämtliche Schweizer Gemeinden darstellt. Sie lässt sich dreidimensional betrachten. Per Mausclick können die Resultate der Abstimmungen sowie der in diesem Artikel beschriebene Zuwachs im Lager der EU-Gegner für jede Gemeinde einzeln abgerufen werden. hu

paufreundlichen Ballungsräumen wuchs der Anteil der Nein-Stimmen sogar überdurchschnittlich. Auch der in der EWR-Abstimmung noch tiefe Röstigraben wurde am 9. Februar eher eingeebnet. Dass am Schluss in der Prozentbetrachtung vor allem die ländlichen Regionen als rote Nein-Sager-Reviere in den Grafiken aufleuchteten, liegt daran, dass hier der Grundstock der Europa-Gegner von allem Anfang an viel höher war. Etliche dieser Gemeinden hatten schon 2000 Nein zu den Bilateralen gesagt.

Aber dieser Grundstock von ewigen EU-Gegnern war 20 Jahre lang nie in der Lage, die städtische Schweiz zu überstimmen. Von den rund 2350 Schweizer Gemeinden machen die 500 grössten über zwei Drittel der Stimmenden aus. Und ein Blick auf die 1850 kleinen Gemeinden zeigt: Sie haben die SVP-Initiative wohl deutlich mit 500 000 zu 400 000 Stimmen angenommen. Aber der Zuwachs im europakritischen Lager war deutlich geringer als in den Agglomerationen.

Stimmungswandel

Der entscheidende überdurchschnittliche Zuwachs seit 2000 kam nicht von der Landbevölkerung, sondern aus den 500 grössten Gemeinden des Landes, hauptsächlich aus dem verstäderten Mittelland. Hier wuchs die Differenz zu 2000 um über 530 000 Stimmen.

Interessanter als der Blick auf die meist eng gefassten Kernstädte ist ein Blick auf die Agglomerationen, die nach Definition des Bundesamtes für Statistik (siehe unten). Allein aus der Agglo Zürich mit ihren 131 Gemeinden kamen 110 000 der 780 000 Stimmen, die den Unterschied ausmachten.

GENÈ

Schwindende Begeisterung Genf und sein Umland sagten unter dem Strich mit 90 000 zu 60 000 Stimmen Nein zur SVP-Initiative. In der Kernstadt Genf waren es 28 000 gegen 17 000. Auch in dieser Grenzstadt bietet sich ein Bild wie in Basel. Das proeuropäische Lager verlor mit über 6000 Stimmen weit überdurchschnittlich, die EU-Gegner legten etwas unterdurchschnittlich zu. Und auch in Genf stimmten nur wenige mehr ab als im Jahr 2000. Insgesamt war das Wachstum des EU-kritischen Lagers im Raum Genf 10 Prozent höher als im Schweizer Durchschnitt, der Schwund bei den Proeuropäern doppelt so gross wie im übrigen Land. Ein gehöriger Stimmungswandel. Resultat: Aus der Agglomeration Genf kamen gut 56 000 jener 780 000 Stimmen, die am 9. Februar den Unterschied machten. hu



Noch am Anfang stehen die Erklärungsmodelle für den Rechtsrutsch der Agglomerationen. Der Politologe Claude Longchamps wies am Politforum in Thun eindringlich auf die politischen Verschiebungen im Umkreis der Städte hin. Seine Erklärung reichte aber nicht über den Befund hinaus, dass sich die Agglomeration neuerdings nicht mehr an den Kernstädten, sondern am Land «orientiere».

Ringen um Erklärungen

Peter Moser, stellvertretender Chef des Zürcher Statistikamtes geht etwas weiter: Die Ablehnung der Freizügigkeit sei primär dort gestiegen, «wo die Folgen der Zuwanderung subjektiv als besonders akut wahrgenommen werden: in den Agglomerationen», diagnostizierte er in einem Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung».

Klar ist: Die nach der Abstimmung verbreitete Formel, wonach die SVP-Initiative dort angenommen wurde, wo es gar keine Probleme mit der Zuwanderung gibt, greift zu kurz. Ebenso gut könnte man behaupten, die Kernstädte frönten nach wie vor einem wirklichkeitsfremden «kuscheligen Internationalismus» (Konrad Hummler in der «SonntagsZeitung»), während in der Agglomeration der Unmut über die Auswirkungen der offiziellen Zuwanderungspolitik steigt. So oder so markiert das Ja vom 9. Februar eine Zäsur in der schweizerischen Europapolitik. Und es rückt mit den Agglomerationen einen Siedlungsraum in den Fokus, der bislang bei den Diskussionen über den Stadt-Land-Graben vernachlässigt wurde. Und dies in einem Land, das zu drei Vierteln verstädtert ist. Michael Hug



Die Differenz zwischen den beiden Lagern für und wider die europapolitische Annäherung beläuft sich auf rund 780 000 Stimmen. Das Lager der EU-Gegner wuchs gegenüber dem Mai 2000 um 730 000 Stimmen, jenes der EU-Befürworter schrumpfte um 50 000. Diese Säule zeigt, wo die Differenz entstanden ist.

ZÜRICH

Überdurchschnittliche Skepsis In der Agglomeration Zürich stimmten am 9. Februar 428 000 Menschen ab. Insgesamt lehnten sie die SVP-Initiative mit 28 000 Stimmen Unterschied ab. Ohne die Kernstadt Zürich wäre das Ergebnis umgekehrt ausgefallen: Ja mit 15 000 Stimmen Unterschied. In den meisten Gemeinden rund um Zürich wuchs die Zahl der EU-Skeptiker überdurchschnittlich, im Durchschnitt um 120 Prozent (Durchschnitt Schweiz: 100 Prozent).

BERN

Kernstadt kontra Agglo Die Agglomeration Bern mit 38 Gemeinden lehnte die Masseneinwanderungsinitiative mit 88 000 zu 59 000 Stimmen ab. Interessant ist der Gegensatz zwischen Kernstadt und Siedlungskranz: In Bern selbst wuchs das EU-kritische Lager nur um unterdurchschnittliche 5400 Stimmen. Einzigartig ist aber, dass die Befürworter um fast ebenso viele Stimmen zulegen konnten. Die



THUN

Nur Hinterfingen schert aus Die Agglomeration Thun sagte mit 21 600 zu 18 500 Stimmen Ja zur SVP-Initiative. Hier war die Mobilisierung gegenüber 2000 deutlich höher als etwa in Biel. Das proeuropäische Lager verlor nur durchschnittlich Stimmen, während jenes der EU-Gegner überdurchschnittlich um Faktor 2,5 wuchs. In fast allen Gemeinden, auch der Kernstadt Thun, wuchs der Anteil der EU-Skeptiker um 20 bis 30 Prozent. Einzige Ausnahme: Hinterfingen, das die Initiative ablehnte. hu



BIEL

Grosser Umschwung Die Agglomeration Biel weist schweizweit den stärksten Meinungsumschwung seit Annahme der Bilateralen im Jahr 2000 aus. Das europakritische Lager wuchs um das Dreifache, während die Befürworter der bundesrätlichen Europapolitik ein Viertel der Unterstützung verloren. Die Stadt Biel, die rund die Hälfte aller Stimmen ausmacht, lehnte die SVP-Initiative zwar



21. MAI 2000: ABSTIMMUNG ÜBER DIE BILATERALEN ABKOMMEN

JA-STIMMEN: 1 497 093

NEIN-STIMMEN: 730 980

Im Vergleich mit der Abstimmung im Jahr 2000: plus 73 294

JA-STIMMEN: 1 463 954

NEIN-STIMMEN: 1 444 428

9. FEBRUAR 2014: INITIATIVE GEGEN MASSEINWANDERUNG